



Herausgeber
Hans-Peter Burmeister

Kulturpolitik in der „Berliner Republik“

**Das Verhältnis von Föderalismus,
nationalen Aufgaben
und europäischer Integration**

43. Kulturpolitisches Kolloquium

DOKUMENTATION EINER TAGUNG DER EVANGELISCHEN AKADEMIE LOCCUM
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V.
BONN VOM 19. BIS 21. FEBRUAR 1999

Tagungsplanung und -leitung: Dr. Hans-Peter Burmeister

Redaktion des Tagungsprotokolls: Dr. Hans-Peter Burmeister

Sekretariat: Inge Senne

Das Loccumer Protokoll enthält Originalbeiträge der Tagung. Soweit diese auf Tonbandmitschnitten beruhen, wurden sie von den Autorinnen und Autoren überarbeitet und zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Reihe  **LOCCUMER PROTOKOLLE** wird von der Evangelischen Akademie Loccum herausgegeben.

Protokoll-Lektorat: Michael Held

1. Auflage 1999

©Alle Rechte bei den Autoren

Printed in Germany

Druck: Kirchenkreisamt Rinteln

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

ISSN: 0177-1132

ISBN: 3-8172-0899-5

Bezug über: Evangelische Akademie Loccum
- Protokollstelle -
Postfach 2158
31545 Rehburg-Loccum
Tel. 05766/81-119, Fax 05766/81-900
e-mail: Protokoll.eal@evlka.de

oder den Buchhandel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort und Einführung Hans-Peter Burmeister	5
<hr/>	
Does democracy need a cultural elite? Agnes Heller	9
Kultur als Politikum Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft Jörn Rüsen	23
Nationale Kulturpolitik in Frankreich und Deutschland Anfragen zur Kulturpolitik der ‚Berliner Republik‘ Robert Picht	37
<hr/>	
Modelle „öffentlicher“ Kulturpolitik in anderen europäischen Staaten	
♦ <i>Niederlande:</i> Peter Schreiber	44
♦ <i>Österreich:</i> Robert Harauer	55
♦ <i>Ungarn:</i> Magdalena Marsovszky	67
<hr/>	
Sektion A Brauchen wir einen „Contrat Culturel“? Helene Kleine	82
Sektion B Public-Private-Partnership Begründungen und Modelle kooperativer Kulturpolitik Norbert Sievers Doris Gau	86 101
Sektion C Freiwilligenarbeit im Kultursektor Zukunftsressourcen der Kulturpolitik? Bernd Wagner	106

knowing the answers, and which offers, even if very vaguely, the standards of taste. The difference between high art and mass culture is not that the first is good and the second bad, or that only the first can be the topic of the cultural discourse, whereas the latter cannot. The difference lies rather in their respective functions; the qualitative difference is in the **quality of functions**. High art is to offer meaning; it is the inexhaustible matter for interpretation, the source of the questions concerning our existence, whereas mass art, or rather mass culture, has the task to entertain. One can enjoy both, but one enjoys them differently.

There are many features of the traditions of Old civilizations that are far from being attractive. The tradition of a cultural elite and of a cultural discourse, the tradition in which a poet, philosopher, or painter can attract almost as much attention and interest as a pop singer or a baseball star, is an attractive tradition. It is, at least, attractive to me, since I am a self-serving European intellectual, partial to high art, and, also, to thinking about questions which concern the meaning of existence.

I am sure that I am far from alone.

As I mentioned, nowadays, European intellectuals protest against Americanization. Yet some kind of Americanization benefits the old Continent. By this I mean the Americanization of certain attitudes, not of institutions, for example, learning to take the law and the matters of justice seriously. Yet the learning process could be mutual. It would benefit America if a grain of European scepticism (the European sense for the complexity of human character and life, which – according to Harold Bloom – was first discovered by Shakespeare) could be appropriated. Cultural discourse, the useless discussion conducted on all issues concerning meaning, contributes greatly to the understanding of the complexity of life, it develops the feel for nuances. And what is, after all, the secular humanist tradition if not exactly this? One does not teach liberal arts only to teach expertise in just another field, but for creating an atmosphere for the practice of cultural discourse. American Liberal Arts Colleges could have a mission different from that of teaching merely expertise, namely, to give a home to alternative attitudes and qualitative difference – matters of pride for an elite one can still call "cultural".

Jörn Rüsen

Kultur als Politikum Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft

Zunächst erscheint es mir sinnvoll zu erläutern, von welchem Standpunkt aus ich mich zum Thema Kulturpolitik in Deutschland äußern will. Ich rede im Folgenden nicht als Sachverständiger für Kulturpolitik, sondern vielmehr als jemand, der fast dreißig Jahre lang an der Universität gearbeitet hat und in den letzten acht Jahren leitend in Forschungsinstitutionen, am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung (ZIF) in Bielefeld und am Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen, tätig war. Die Bereiche, für die ich beruflich stehe, also Wissenschaft und Bildung, insbesondere die sogenannten Kulturwissenschaften, sind ein Teil der Kultur selber. Insofern schreibe ich mir genug Kompetenz zu, etwas zur Kultur sagen zu können.

Was die Politik betrifft, möchte ich mich sowohl als Objekt und auch als Subjekt politischen Handelns äußern. Zu Beginn meines beruflichen Weges war ich als Universitätsangehöriger lediglich das Objekt politischen Handelns. Politik wirkte zunächst nur von außen auf mich ein; unter anderem durch die Gründung neuer Universitäten oder die Reform des Geschichtsunterrichts. Ohne die damalige Kulturpolitik wäre ich sicher nicht der geworden, der ich heute bin. Aber das Klima veränderte sich. Sparzwänge, Restriktionen, Stellenstreichungen und dergleichen zwangen Angestellte und Professoren auf politisches Handeln (der Regierung) mit eigenem politischem Handeln zu reagieren. Forciert wurde der Handlungsbedarf auch durch Reformauflagen von außen, bzw. von oben, so u.a. durch die Studienreform. Zur gleichen Zeit rief das Wissenschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen zur Verbesserung der Lehre an den Universitäten auf.

Bemühungen der Umstrukturierung und Reform sehen in einem Forschungsinstitut zugegebenermaßen anders aus als etwa an einer Universität. Das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen und das ZIF in Bielefeld sind staatliche, durch Steuergelder finanzierte Forschungsinstitute. Das Zentrum für Interdisziplinäre Forschung gehört zur Universität Bielefeld, und das KWI ist ein Teil des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen.

Dies bedeutet, daß solche Einrichtungen bestimmte Erwartungen von außen erfüllen müssen, die man an die Forschungseinrichtungen generell stellt. Gleichzeitig müssen wir uns jedoch auch von innen heraus begründen, sozusagen der Öffentlichkeit eine Daseinsberechtigung liefern. Wir werden immer wieder mit Fragen konfrontiert wie: Warum soll es so etwas wie ein Kulturwissenschaftliches Institut geben? Ist das nicht überflüssiger Luxus? Soll man das Geld nicht lieber in die notleidenden Universitäten stecken?

Schließlich gibt es neben den Auflagen von innen und außen einen dritten Punkt, der mich in meiner beruflichen Tätigkeit beeinflusst. Es ist die Tatsache, daß die Wissenschaften im Allgemeinen und die Kulturwissenschaften, für die ich stehe, ganz besonders selber ein Politikum sind. Man denke nur an die Lehrerausbildung. Schließlich bilden wir jene Menschen aus, die an den Schulen für einen möglichst reibungslosen Übergang der Generationen und damit für eine gewisse kulturelle Kontinuität unserer Gesellschaft zu sorgen haben. Durch meine aktive Teilnahme am Streit um die Richtlinien des Geschichtsunterrichts darf ich mir hierüber ein Urteil erlauben. Ein weiteres Beispiel dafür, daß Wissenschaft ein Politikum ist und sein kann, ist der Historikerstreit. Erst kürzlich hat er in anderen Kontexten eine große Reaktualisierung erfahren: im Streit zwischen Walser und Bubis. Die Historiker haben sich aus dieser Debatte allerdings herausgehalten, denn sie hatten im Grunde ihr Pulver schon verschossen.

Meine eigene wissenschaftliche Arbeit ist also auch ein Politikum. Die Arbeitsfelder und Forschungsthemen, mit denen ich mich befasse, sind allein schon von ihrem Gegenstand her, etwa dem Geschichtsbewußtsein, der Geschichtskultur oder dem historischen Lernen, in sich immer politisch. Wenn man auf diesen Gebieten wissenschaftlich arbeitet, muß man sich der Mehrschichtigkeit dieser Arbeit bewußt sein. Jedes historische Denken hat drei Dimensionen, die nicht aufeinander reduziert werden können und die relativ unabhängig von einander ihre Kraft und Wirkung haben. Dabei handelt es sich zunächst einmal um die kognitive Dimension. Als Wissenschaftler sind wir primär dafür zuständig, Erkenntnis zu produzieren und zu dokumentieren. Aber es gilt noch zwei weitere Aspekte zu berücksichtigen; die ästhetische und die politische Dimension. Alle kulturwissenschaftliche Arbeit beruht auf vorwissenschaftlichen, vom gesellschaftlichen Leben vorgegebenen Orientierungsbedürfnissen. Und letztlich hat das von uns produzierte kulturwissenschaftliche Wissen ge-

nau dieses Ziel: den Menschen Möglichkeiten zur Orientierung in der gesellschaftlichen Praxis zu geben. Diese soziale Funktion haben alle Kulturwissenschaften, nicht nur die Geschichte. So bin ich in meiner Tätigkeit kontinuierlich politischen Entscheidungszwängen ausgesetzt. Soll es solche Forschungsinstitute wie das KWI geben oder nicht? Und wenn es sie geben soll, wie organisiert man sie? Nach welchen Präferenzkriterien kann und soll über Themen und Interpretationsansätze von Forschungsprojekten entschieden werden? Gemeinsam mit den Gremien meines Instituts, d.h. dem wissenschaftlichen Beirat und den Mitarbeitern, muß ich demnächst entscheiden, welche drei Forschungsprojekte von fünfzig Anträgen realisiert werden können. Politische Gesichtspunkte spielen hier durchaus eine Rolle. Man muß sich dessen als Verantwortlicher nur bewußt werden. Gemeint ist nicht, daß ich mich informell höheren Orten erkundige, welcher Antragsteller das richtige Parteibuch hat, sondern daß ich prüfen muß, welche Bedeutung ein Projekt für die Allgemeinheit hat.

Es gibt objektive Herausforderungen, die kulturpolitisch beantwortet werden müssen. Die zunehmende Geldknappheit steht dabei im Vordergrund, denn aus ihr folgen unmittelbar Handlungszwänge. Angesichts der Umstände besteht akuter Handlungsbedarf von seiten des Staates. Auf bessere Zeiten zu hoffen ist lediglich ein Zeichen von Ignoranz. Von einer Wendung zum Besseren im Sinne kräftiger, sprudelnder Geldquellen in Staatskassen, das ist allgemein bekannt, kann überhaupt nicht die Rede sein. Wir müssen uns statt dessen darauf einrichten, daß der Staat selber über permanent weniger Geld verfügt. Es muß also gespart und umgeschichtet werden. Es muß überprüft werden, was notwendig ist und was überflüssig. Was ist bewährt? Was ist veränderungsbedürftig?

Meiner Ansicht nach können solche Sparzwänge durchaus eine Chance für positive Veränderungen sein. Sie können eine katalysatorische Wirkung auf den Umgang mit kulturellen Herausforderungen sein, indem deutlich wird, was von besonderer Dringlichkeit ist. Dabei denke ich an gesellschaftliche Brennpunkte, die offensichtlich existieren, aber nicht unmittelbar politische Handlungszwänge auferlegen. Ich meine vor allem die neue politisch-globale Lage nach 1989. Die beiden Stichworte "Ende der Geschichte" und "clash of civilisations" signalisieren, daß es einen neuen Orientierungsbedarf im Felde weltweiter politischer Systeme gibt. Im Rahmen dieses Themas stellen sich folgende beispielhafte Fragen: Wie können wir die Einheit der Menschheit angesichts der Vielfalt der Kulturen

entwerfen? Oder: Wie halten wir es mit den Menschenrechtsansprüchen, die wir aus der Tradition unserer westlich-europäischen Kultur heraus anmelden und für global gültig erklären, hinter denen sich aber oftmals instrumentalisierende Absichten verbergen? Wie stellen wir uns ein auf Staaten, Gesellschaften, Länder und andere Kulturen, die sich nicht von uns vorschreiben lassen wollen, welche Normen politischen Handelns allgemein verbindlich sein sollen?

Die ökonomische Globalisierung ist eine weitere objektive Herausforderung, die nach kulturpolitischen Maßnahmen verlangt. Durch sie gewinnen die schon genannten Problemfelder der Geldknappheit und der Orientierungskrise nach '89 sogar noch an Brisanz. Daß einer der bekanntesten Vertreter des Kapitalismus, nämlich der überaus erfolgreiche Währungsspekulant George Soros, an eben jenem schrankenlosen Kapitalismus heftige Kritik äußert, sollte uns zu denken geben. Soros Überzeugung ist, daß der Kapitalismus, wenn man ihn sich selber überläßt, wie es jetzt bei den freien Kapitalmärkten der Fall ist, unsere bürgerliche, unsere "open-society" und westliche Kultur zerstören wird. Soros fordert Regulative für diesen Marktfundamentalismus, wie er ihn nennt, und zwar Regulative rechtlicher Art, die die freien Kapitalströme daran hindern, ihre destruktive Gewalt zu entfalten, aber gleichzeitig ihre potentielle produktive Kraft erhalten. Soros selbst ist Milliardär geworden durch seine brillanten Spekulationen. Jetzt reist er durch die Welt und fordert eine kulturelle Antwort auf diese Herausforderung, die eben nicht nur ein ökonomisches Problem ist.

Eine weitere gesellschaftliche Herausforderung ist der unaufhaltsame Fortgang der europäischen Einigung. Wir haben den Euro als Geld. Aber haben wir ihn auch als Geist? Können wir uns im Ernst ein vereinigtes Europa mit einem monetären, aber ohne einen geistigen Euro leisten?

Was die europäische Einigung betrifft, so stellt die Aufnahme und Integration osteuropäischer Länder eine weitere kulturelle Herausforderung an uns. Man sollte nicht abwarten, ob das größere Europa ein erweitertes Westeuropa oder "greater Europe" wird, in dem die kulturellen Elemente und Traditionen verschiedener Länder respektiert und gepflegt werden können. Man sollte vielmehr dafür sorgen, daß die Bereitschaft und nötige Toleranz dazu wächst. Dazu gehört gegebenenfalls auch die kulturelle Revision unserer Vision Europas.

Wenn man etwas sagen will zum Thema dieser Tagung, stellt sich die Frage, was ist die 'Berliner Republik' eigentlich kulturell? Vor einigen Monaten habe ich in einem durchaus sachlich begründeten Anfall von Melancholie die Vermutung geäußert, die neue 'Berliner Republik' könnte sich dadurch kulturell profilieren, daß das Holocaust-Denkmal nicht gebaut wird, aber wohl das Berliner Schloß. Inzwischen ist meine Melancholie leicht verflogen, denn die Angelegenheit ist etwas komplizierter.

Hier soll jedoch keineswegs Berlin als 'Kulturhauptstadt Deutschlands' oder ähnliches thematisiert werden. Viel wichtiger sind spezifische Herausforderungen an die Kulturpolitik, die Gesamtdeutschland betreffen, so z.B. die Aufgabe der Identitätsbildung nach der deutschen Vereinigung. Man fragt sich, ist die neue Bundesrepublik die verallgemeinerte alte, oder ist etwas Neues entstanden? Bedeutet die Wiedervereinigung eine quantitative Erweiterung oder eine qualitative Veränderung? Wir alle wissen, was für mentale Probleme die Deutschen mit dieser Entwicklung haben, und es handelt sich dabei um ein Kulturpolitikum allerersten Ranges.

Das Thema Wiedervereinigung führt nahtlos zu einem weiteren Aspekt, nämlich dem signifikanten Generationswechsel der kulturellen Eliten. Ich persönlich nähere mich unaufhaltsam dem Pensionsalter. Die nächste Generation wartet nur darauf, die Definitionsmacht, die Diskursgewalt oder wie auch immer man es nennen will, zu übernehmen. Dieser Wechsel ist aber, zumindest für uns Deutsche, äußerst problematisch. Denn der Wechsel von der ersten zur zweiten Nachkriegsgeneration hat zwangsläufig eine Umstrukturierung in der Erinnerungskultur unserer Gesellschaft zur Folge. Was immer man unternimmt; es wird eine Änderung unserer Erinnerungskultur geben, die vor allem auch unser Verhältnis zum Nationalsozialismus betrifft. Die Walser-Bubis-Debatte ist ein Indiz dafür; doch keiner hat es gemerkt. Nur wenigen scheint aufgefallen zu sein, daß sich an dieser Debatte nur alte Herren beteiligt haben, die aber, trotz aller Kontroversen etwas gesagt haben, was zehn Jahre vorher unmöglich gewesen wäre. "Wir haben die Juden umgebracht." sagte Herr Walser. Hinter diesem 'Wir' verbirgt sich eine neue Dimensionierung deutscher Identität. Da man die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jedoch nicht in einem intergenerationellen Zusammenhang sieht, wird dieser überhaupt nicht reflektiert. Das wiederum ist der Fall, weil es eben alte Herren sind, die hier ihre Stimme erheben.

Des weiteren besteht eine kulturpolitische Herausforderung indirekter Art aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit. Wie reagieren wir eigentlich kulturell darauf, d.h. mit den entsprechenden Deutungsmustern? Die Deutschen haben sich als erstaunlich unfähig erwiesen, diese Herausforderung in politisches Handeln umzusetzen. Es hat eine Menge symbolisches Handeln gegeben, das aber nur stellvertretend war für die Inaktivität dort, wo die Leute wirklich arbeitslos sind. Die ganz andere Umgehensweise mit diesem Problem z.B. in Holland und Dänemark ist sicherlich kulturell begründet.

Schließlich sollten wir uns auch mit den kulturellen Differenzen in unserem Lande auseinandersetzen. Wie gehen wir mit der fremdkulturellen Minderheit um? Zu beobachten ist ein Prozeß wechselseitiger Abschottung, der, wenn man ihn sich selber überläßt, ein abschüssiger Weg werden wird. Er wird zur Kälte unserer politischen Kultur führen, wenn man untätig bleibt und beide Seiten, die Mehrheitsgesellschaft und die Minderheitsgesellschaft, einfach gewähren läßt.

Im folgenden möchte ich einige Antworten auf die genannten Herausforderungen geben. Ein Gesamtkonzept zu präsentieren, wie all diese Fragen beantwortet und Konflikte gelöst werden können, wäre allerdings selbst für den Leiter eines kulturwissenschaftlichen Forschungsinstituts eine Überforderung. Ich möchte Ihnen ein historisches Beispiel geben, wie kulturpolitisch auf eine Herausforderung reagiert werden kann, die einige Ähnlichkeiten mit der deutschen Gegenwart haben - zumindestens in finanzieller Hinsicht. Als der preußische Staat 1807 den Zwangsfrieden mit Napoleon unterschreiben mußte, verlor er die Hälfte seines Staatsgebiets und eine immense Menge dazugehörige Steuern. Hinzu kam eine für damalige Verhältnisse gigantische Kontributionssumme. Ein Sparzwang, demgegenüber der unsrige geradezu lächerlich ist. Aber was war die Reaktion? Die Gründung der Universität Berlin im Jahre 1811. Das ist mein Paradigma. Auf eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise antwortete man mit einer kulturellen Offensive. Kultur, in diesem Fall eben Bildung und Wissenschaft, verstand man offensichtlich als Zukunftsgenerator.

Ich muß nun leider als Theoretiker solche Fragen stellen wie: Was ist Kultur? Die sogenannten Kulturwissenschaften zeichnen sich in diesem Punkt durch eine beeindruckende Unklarheit aus. Die Verwaschenheit des Begriffs Kultur ist höchstens noch zu vergleichen mit dem Emanzipationsbe-

griff der frühen 70er Jahre. (Immerhin konnte man da noch auf ein paar historische Vorbilder zurückgreifen, wie etwa Kants berühmte Schrift 'Was ist Aufklärung?') Es gibt im Grunde zwei Kulturbegriffe; einen universellen, bzw. weiten, der besagt, alles das ist Kultur, was nicht Natur ist. Der enge Kulturbegriff versteht Kultur als eine Dimension der menschlichen Lebensfristung oder Lebenspraxis, die von anderen Dimensionen wie Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Umweltverhältnis zu trennen ist. Es handelt sich beim engen Kulturbegriff um den Inbegriff der Sinnbildungs- oder Deutungsleistung, die die Menschen erbringen müssen, um in ihrem Leben zurecht zu kommen. Kultur ist das Medium, mit dem sich die Menschen einen Reim auf ihre Lebensverhältnisse machen. Dies erscheint mir eine analytisch klare, grundsätzliche Definition, mit der man einen Bereich eingrenzt, der sich von anderen Bereichen der Erkenntnis und des Denkens unterscheiden läßt.

Bei der Kultur geht es um Sinnbildung. Kulturelle Aktivitäten beinhalten Prozesse des Erfahrens, Deutens, Orientierens und Zwecksetzens. Die Orientierungsfindung findet in zwei Sphären statt, in einer äußeren und einer inneren. Unter innerer Orientierung verstehe ich jenen Prozeß, den man Identitätsbildung nennt. Handelnde Subjekte können nicht leben ohne ein Verhältnis zur eigenen Person, zum Ich zu haben. Gleichzeitig grenzen sie sich dadurch von anderen ab. Die verschiedenen genannten Tätigkeiten (Erfahren, Deuten, Orientieren, Zwecksetzen) stehen in einem inneren Zusammenhang. Dieser muß kohärent sein, wenn er funktionieren soll. Diese Kohärenz nennt man Sinn.

Wenn man Kultur definiert als den Rahmen und die Basis dieser Aktivitäten, erkennt man, daß sie etwas eigenes ist und zugleich, daß sie mit allen anderen Lebenssphären aufs engste zusammenhängt. Die Arbeit in der Landwirtschaft z.B. ist zwar ein eigenständiger Vorgang, aber es gibt keine Kultur, in der dieser Bereich nicht im Zusammenhang mit Deutungen steht. In den älteren Kulturen hat man vor Beginn der Feldarbeit der Mutter Erde ein Opfer gebracht. Man glaubte, die Erde durch den Pflug zu verletzen. Aus Furcht, Mutter Erde werde daraufhin keine Ernte ausschütten, wurde ein Opfer-Ritual vollzogen. Das Ritual war im Horizont dieser Menschen gleichsam die kulturelle Bedingung, daß die Ökonomie funktioniert. Natürlich hat man damals nicht zwischen den Bereichen Kultur und Wirtschaft unterschieden, nach unserem Verständnis sind die Begriffe aber treffend und zulässig.

Die Kulturwissenschaften sind Organe moderner Gesellschaften, in denen bestimmte Deutungsleistungen institutionalisiert sind. Sie sind die von der Gesellschaft eingerichteten und betriebenen Organe des Verstehens und der Sinnbildung.

Das heißt nicht, daß nur dort Sinn gebildet wird. Zurecht würden Künstler, Schriftsteller, Pfarrer und viele andere Protest einlegen. Doch die Kulturwissenschaft ist eine Institution eines spezifischen Umgangs mit Erfahrungen, Deuten, Orientieren und Zwecksetzen, in dem etwas Modernes liegt, nämlich rationales Argumentieren. Das ist in sich selbst eine kulturelle Leistung, die viele verachten, aber wenn es darauf ankommt, keiner entbehren kann.

Die Kulturwissenschaften untersuchen seit ein paar Jahren besonders ausführlich Erinnern und Gedächtnis als zwei Eckpfeiler des Sinnverstehens. Sie sind zentrale Medien, die eine Gesellschaft braucht, um Orientierungen zu gewinnen, zum Beispiel um die Frage beantworten zu können, wer man ist. Leider hat der Trend zum Thema Erinnern und Gedächtnis ein strukturelles Defizit. Innerhalb der Forschungen scheint man die Zukunft vergessen zu haben. Dabei ist Erinnern nur eine Seite des menschlichen Bewußtseins. Die mentale Leistung des Erinnerns schließt jedoch m.E. die Erwartung mit ein und umgekehrt. Der Memorydiskurs der Historiker spart erstaunlicherweise die Zukunft thematisch aus. Die Kulturwissenschaften scheinen dadurch den sogenannten Kompensations-theoretikern recht zu geben, nach deren Meinung wir nur dazu da sind, Organisierungsschäden zu kompensieren, indem wir den Menschen durch Erinnerungen daran, wie es einmal früher war, angenehme Gefühle bereiten. Alle Kulturwissenschaftler, die den Memorydiskurs betreiben, tun offiziell so, als ginge es nur darum, Zukunftsängste durch Gedächtnis und Erinnern zu kompensieren. Das finde ich sehr problematisch. Die Kulturwissenschaften sollten ihre Deutungs Aufgabe wahrnehmen, indem sie den Blick öffnen, Richtungen analysieren und sichtbar machen. Wenn man nicht aufpaßt, kann eine solche Deutungsleistung durch die Wissenschaft das Gegenteil bewirken: sie kann verschleiern, verstellen und verdrängen.

Dieser Kontrast soll verdeutlichen, daß ein wesentliches Element der mentalen Praxis der kulturellen Sinnbildung und ihrer Thematisierung durch die Kulturwissenschaft das Element der Kritik ist. Ohne Kritik kann man nicht mehr unterscheiden, ob der eigene Blick schärfer wird oder vernebelt.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal feststellen, daß die Kultur und damit auch die Kulturwissenschaften drei wesentliche Funktionen haben.

Erstens die hermeneutische: sie soll sichtbar machen was der Fall ist und Verstehen lehren.

Sie soll zweitens Kritik üben an dem, was verstanden wird. Dabei liegt das Kriterium für diese Kritik in den Wissenschaften selber, es ist das Prinzip eingebauter Rationalität in Form von Erfahrungskontrolle, Überprüfbarkeit und argumentativer Verflüssigung des Denkens.

Der Kultur kommt noch eine dritte, wichtige Funktion zu, die seit über 10 Jahren vergessen oder verdrängt wurde: eine Utopiefunktion. Sie hat die Aufgabe daran zu erinnern, daß alles auch anders sein könnte. Ohne diese Utopiefunktion gäbe es die Kunst nicht. Deswegen hat die Wissenschaft die Pflicht und Schuldigkeit, deutlich zu machen, daß wir eben nicht in einem Zeitalter leben, in dem Utopien keinen Platz mehr haben. Was zu Ende gegangen ist, ist der Traum der sogenannten Realutopie. Aber Realutopien sind an sich bereits ein Paradox, in dem sich Utopie und Wirklichkeit vermischen sollen. Utopische Entwürfe haben jedoch immer etwas Traumhaftes und malen ein unrealistisches Wunschbild der Zukunft. Träume unterscheiden sich drastisch vom Wachbewußtsein. Sie erscheinen zwar bei nüchterner Betrachtung entrückt und unrealistisch, doch man weiß, welchen starken Einfluß sie auf das Wachbewußtsein haben. Wer nicht mehr träumt wird krank. Utopien sind deshalb zu jeder Zeit notwendig.

Ich möchte nun einige mögliche Herangehensweisen an die Herausforderungen unserer Zeit skizzieren. Meine provokante These, in der ich Geldknappheit als Innovationschance verstehe, spielt auf folgende Polarität an, die sich als Strategien aus der Situation ergeben: Besitzstandswahrung versus Innovationsbereitschaft. Wenn der Staat, hier konkret das Land Nordrhein-Westfalen, kein Geld mehr hat, muß man dann etwa jedes Orchester im Ruhrgebiet erhalten? Wenn die Auslastungsquote von Fächern benachbarter Universitäten im Ruhrgebiet bei 20 Prozent liegt, sollten dann die angebotenen Fachrichtungen nicht koordiniert werden? Angesichts der Kürzungen und Streichungen der Geldressourcen in der Kulturpolitik und der Wissenschafts- und Bildungspolitik sollte man aus der Not eine Tugend machen und aus dem Sparzwang eine Innovationschance.

Die Entstaatlichung der Wissenschafts- und Bildungspolitik ist hierfür ein gutes Beispiel. Daß die Universitäten vom Staat die Haushaltsautonomie erhielten, änderte zwar nichts an der Tatsache, daß unausweichliche Kürzungen vorgenommen werden mußten. Es gibt aber Universitäten, die daraus Innovationen entwickelt haben. Die neu gewonnene Handlungskompetenz nutzten sie, um sich eigene wissenschaftliche Profile zu geben.

Dieser irreversible Prozeß der Entstaatlichung schafft natürlich auch Gefahren: strukturelle Verarmung oder neue Abhängigkeit. Aber die Chance zur Innovation bleibt bestehen. Ein paar Beispiele sollen genannt werden, ohne sie näher auszuführen. An der privaten Universität Witten-Herdecke beinhaltet das Studium sämtlicher Fächer verbindlich ein Studium Fundamentale. Hier müssen alle Studenten im Laufe ihres Studiums zwei Scheine machen. Solch ein hoher Anspruch wäre an einer staatlichen Universität alten Zuschnitts unmöglich, wenn auch wünschenswert. An der Fakultät Geschichte der Universität Bielefeld wurde das "Leuchtturmprojekt Geschichtswerkstatt" ins Leben gerufen, in dem Studenten gezielt mit der Berufspraxis konfrontiert werden. Ein weiteres positives Beispiel, wie die Chance zur Innovation genutzt wurde. Bedauerlicherweise ist die Fakultät gerade im Begriff, diese Chance zu verspielen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der Entstaatlichungsprozeß sich auf das Bildungswesen insgesamt, also auch auf die Schulen erstrecken wird. Eine solche Entwicklung könnte geradezu revolutionäre Konsequenzen für die Lehrerausbildung mit sich bringen. Wenn Schulen sich tatsächlich ihre Lehrer selber aussuchen könnten, würde das unter den richtigen staatlichen Rahmenbedingungen zweifellos den Anspruch an die Universitäten forcieren, Lehrer und Lehrerinnen auszubilden, anstatt kleine Historiker, kleine Germanisten oder andere kleine Fachwissenschaftler. Damit einhergehend würde das die pädagogische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer qualitativ enorm verbessern.

Bei der Frage nach der Rolle der Kommunalverbände in Nordrhein-Westfalen wage ich mich in ein Terrain, wo man noch träumen kann. Wenn Ministerpräsident Clement eine Verwaltungsstruktur hinterfragt, die über 100 Jahre alt ist, hat das nichts mit technokratischem Größenwahn zu tun. Meines Erachtens muß man überlegen, ob man nicht die ganze Politik im Umgang mit Kultur ändern kann. In diesem Zusammenhang wurden bereits erste Visionen formuliert. Man spricht von Bürger-

stiftungen, in denen neue Formen der Beteiligung interessierter Bürger und Bürgerinnen an den kulturpolitischen Institutionen und deren Entscheidungskompetenz möglich sind.

Ein Beispiel gelungener Kulturpolitik neuer Art, wie so etwas zukunftsfruchtig und kulturell unglaublich innovativ umgesetzt werden kann, ist die Internationale Bauausstellung Emscherpark (IBA), die einen neuen Gestaltungsfreiraum für einen großen Bereich des Ruhrgebiets geschaffen hat. Sie hat ihre Handlungsfreiheit geradezu phänomenal genutzt. So wurde aus einem ehemaligen Thyssenhüttenwerk der Landschaftspark Duisburg-Nord. Die IBA hat dieses Industriegelände nicht nur landschaftsgestalterisch aufgewertet, sondern auch künstlerisch und kulturell erschlossen. Unterhalb des ehemaligen Hochofens befindet sich heute eine Bühne. Wo früher glühender Stahl herausschoß, stehen heute Musiker oder Schauspieler und spielen Jazz oder zeigen Brechts "Mahagonni". Die Zeche Zollverein in Essen, die vor vierzig Jahren geschlossen wurde, beherbergt nun ein Design-Zentrum und ist ein hervorragender Ort für wissenschaftliche Kongresse und kulturelle Aktivitäten aus dem gesamten Ruhrgebiet. Diese Projekte der IBA verbinden Vergangenheit und Modernität auf eine Weise, daß plötzlich das Ruhrgebiet anfängt, auf seine eigene Geschichte stolz zu sein. Routen der Industriekultur ziehen sich durch das gesamte Ruhrgebiet. Mit solchen Aktivitäten werden ganz neue Formen regionaler Identität entwickelt. Hervorheben muß man an dieser Stelle auch, daß die Internationale Bauausstellung keine staatliche Organisation ist. Den Vorsitz hat kein Ministerialrat, sondern ein Visionär namens Karl Ganser; Architekt und Stadtplaner, der sich vor allem als Künstler versteht. Die IBA zeigt auf, wie durch eine neue Form der Organisation ein Handeln möglich wird, dessen Innovationskraft jeden Zweifler überzeugen müßte.

Kommen wir zu der Frage, wie die Kultur auf die Globalisierung antworten kann. Bei diesem Punkt geht es zunächst um kulturelles Selbstverständnis. Wie gehen wir mit unserem traditionellen Universalismus, vis-à-vis der im Globalisierungsprozeß sich meldenden kulturellen Differenzen der anderen um? Die Antwort darauf ist nicht ein kulturalistischer Widerruf westlicher universeller Werte. Eine überzeugendere Strategie wäre meines Erachtens eine Reformulierung dieses Universalismus hin zur Anerkennung von Differenz. Eine solche Veränderung hat politische Folgen; u.a. kulturpolitisch in bezug auf die Außenpolitik, aber auch angesichts

der Verknüpfung von Wirtschaftspolitik mit Menschenrechtsfragen. Um den Anspruch auf Anerkennung von Differenz deutlich zu machen, sehe man sich die Arbeit des Goethe-Instituts an. Reicht es aus, jemandem, der auf einen Job in einem fremden Land hofft, etwa bei Mercedes, VW oder Chrysler, eine fremde Sprache zu lehren? Sollte man nicht viel eher jenen Menschen über die fremde Sprache hinaus kulturelle Inhalte vermitteln, die die Anerkennung von Differenz zwischen Deutschen und fremden Menschen, Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern ermöglichen?

Im Umgang mit unseren kulturellen Minderheiten, insbesondere mit der türkischen, besteht ein kulturpolitischer Handlungszwang allerersten Ranges. Dabei handelt es sich gleichzeitig um ein innerdeutsches und ein europäisches Problem. Solange Religionsunterricht zu den Aufgabenbereichen staatlicher Schulen gehört, sollte islamischer Religionsunterricht an den Schulen eingerichtet werden. Es ist vollkommen absurd, wenn Länder wie Bayern und Baden-Württemberg sich die Religionslehrer für die muslimischen Kinder aus der Türkei holen. Damit wird der Islam um die Chance betrogen, sich als genauso entwicklungs- und veränderungsfähig zu erweisen, wie seine beiden Schwesternreligionen, das Judentum und das Christentum. Notwendig ist eine Kulturpolitik, die die Rahmenbedingungen dafür setzt, daß der Islam europäisch werden kann. Niemand kann wissen, ob die europäischen Muslime diese Möglichkeit nutzen werden, aber diese Chance sollten sie auf dem Fundament unseres säkularen Systems erhalten.

Ich habe anfangs gefragt, wo der geistige Euro bleibt. In Brüssel wurde ein Programm namens 'Sokrates' aufgelegt, durch das der Studentenaustausch zwischen europäischen Universitäten finanziert wurde. Die Studenten bekamen jedoch sehr wenig Geld, mußten im Grunde dazuzahlen und hart arbeiten. Solche Programme sind unattraktiv und angesichts der objektiven kulturellen Herausforderungen wirklich nur ein Tröpflein auf einen sich langsam erhitzenden Stein. Auch die Wissenschaftspolitik hat Projekte zur europäischen Kooperation entwickelt. Die Einrichtung des Collegium Europeum in Budapest und in Bukarest mit Hilfe von VW, vom Stifterverband und vom Wissenschaftskolleg in Berlin sind zwei Beispiele. Dort bekommt jetzt die junge kulturwissenschaftliche Elite dieser Länder die Chance, in den aktuellen internationalen Diskurs der Kulturwissenschaften einzusteigen. Bulgarien ist leer ausgegangen. Soll es dabei bleiben? Ich könnte mir vorstellen, daß der Privatmann Ge-

orge Soros mehr Geld in Osteuropa investiert hat, um die kulturelle Differenz der Osteuropäer gegenüber dem Westen zu kompensieren, als die EG insgesamt. So finanziert er z.B. die Central European-University in Budapest. In allen osteuropäischen Ländern finanziert die European University Kongresse, Tagungen, studentische Programme und ähnliches.

Es gibt noch einige andere kulturpolitische Großtaten, die der Einführung eines geistigen Euro förderlich sind, von denen ich allerdings nicht sagen würde, daß sie im engeren Sinne politisch sind. Ich denke etwa an das gigantische Unternehmen des Fischer-Taschenbuchverlages, 65 Bände europäische Geschichte zu veröffentlichen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern gleichzeitig, auch in anderen europäischen Ländern. Das ist ein gigantisches Unternehmen, das unterstützt werden sollte. Ein Verlag kann die mit diesem Projekt verbundenen unendlich hohen Übersetzungskosten nicht allein bezahlen, schon gar nicht, wenn es Taschenbücher sind.

Das Grundproblem des geistigen Euro sehe ich jedoch darin, daß keine wirkliche Definition davon existiert, was Europa eigentlich kulturell ist oder sein soll. An einer solchen Zielbestimmung wird relativ wenig gearbeitet. Es gibt das Projekt "Eustory" von der Körber-Stiftung und ein Projekt über "Europäisches Geschichtsbewußtsein", an dem das KWI beteiligt ist. Große, politisch relevante Anstrengungen in dieser Hinsicht sucht man dagegen vergeblich.

Wenn Deutsche sich darüber klar werden wollen, welchen Weg Europa gehen soll, müssen sie sich zwangsläufig erst einmal über ihre eigene Identität klar werden. Wie sieht es aber mit unserer Identitätsarbeit aus? Auch hier fehlen die große Programme, in denen die west- und ostdeutschen Intellektuellen sich über die neue deutsche Identität streiten. Dies ist ein politisches Versagen und ein Mangel, der sich bitter auszahlen wird. Denn strukturelle und inhaltliche Steuerungsmöglichkeiten bestehen z.B. durch die Vergabe von Forschungsmitteln. In den Schwerpunktprogrammen der deutschen Forschungsgemeinschaft fehlen derartige Aspekte, wie ich sie gerade genannt habe.

Zum Schluß ein Ausblick. Es ist falsch, wenn wir Wissenschaftler oder Kulturschaffende, die Kultur 'produzieren', nur als Praktiker betrachten und das Politische nur anderen zuordnen. Wir müssen in der Kultur selber und genauso in den Kulturwissenschaften politische Impulse, Implikatio-

nen und Zusammenhänge wahrnehmen. Erst wenn diese bewußt und reflektiert in Kraft gehalten und in Kraft gesetzt werden, können wir den Kulturprozeß und den Erkenntnisprozeß der Kulturwissenschaften produktiv in Gang halten. Mit diesem Selbstverständnis könnte es gelingen, eine Leistung zu vollbringen, die das Ausmaß einer kulturellen Revolution haben müßte. Wir müssen es schaffen, mit den Deutungsleistungen der Kultur und den Interpretationsleistungen der Kulturwissenschaften einen Beitrag zu einem Paradigmawechsel der Identitätsbildung zu liefern. Die vorherrschenden ethnozentrischen Strategien der Unterscheidung von Selbst und Anderen müssen transformiert werden in Strategien der Inklusion und Anerkennung. Der Unterschied zwischen Selbst und Anderen sollte sich nicht aufheben, sondern auf neue Weise ausgetragen werden. Eine evangelische Akademie wie die in Loccum ist ein sehr geeigneter Ort, an dem das Gespräch zwischen Kulturpraktikern und Wissenschaftlern ein paar Schritte in diese Richtung führen kann.

Robert Picht

Nationale Kulturpolitik in Frankreich und Deutschland

Anfragen zur Kulturpolitik der ‚Berliner Republik‘

I.

Die Bundesrepublik Deutschland schlupft in das noch etwas unfertige Gewand ihrer Hauptstadt Berlin. Sie hat erstmals in ihrer Geschichte einen nationalen Kulturminister. Was liegt näher, als anspornend oder auch warnend den Vergleich zu Frankreich zu ziehen? Soll die verspätete, geteilte und neu vereinigte deutsche Nation sich nun ebenfalls eine Kulturpolitik zulegen, die auf nationaler Ebene von der Hauptstadt aus zu repräsentieren hat, was Substanz und historische Mission nationaler Identität ausmacht? Soll Jacques Lang, der schon sagenumwobene Kulturminister François Mitterrands, zum Vorbild für Michael Naumann werden? Hinter der Frage nach den handelnden Personen stehen die Fragen zum geschichtlichen Ort nationaler Kulturpolitik in Frankreich und Deutschland am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts. Auf welchen Traditionen baut sie auf, wohin bewegen sich unsere Nationen in Europa und einer zunehmend globalisierten Welt und, nicht zuletzt, was ist überhaupt machbar?

II.

Frankreichs Nationalgeschichte ist sozusagen der Prototyp des kontinentaleuropäischen Nationalstaats. Die Franzosen bildeten sich seit dem Mittelalter in einem bis heute kontinuierlichen Prozeß zur Nation indem sie sich politisch vom damaligen Europa des Reiches und der Kirche abgrenzten. Vom durch Königtum und Hauptstadt geprägten Zentrum her entwickelten sie eine Nationalkultur und setzten diese durch, indem sie sich alle hinzukommenden Einflüsse, Territorien und Völkerschaften anverwandelten. Mitterrands von einem japanischen Architekten gebaute gläserne Louvre-Pyramide ist Symbol und vielleicht Schlußapothese dieses auf eine Hauptstadt bezogenen pyramidalen Staatsverständnisses. Ein zentralisiertes Bildungswesen und eine mit normativen Institutionen wie